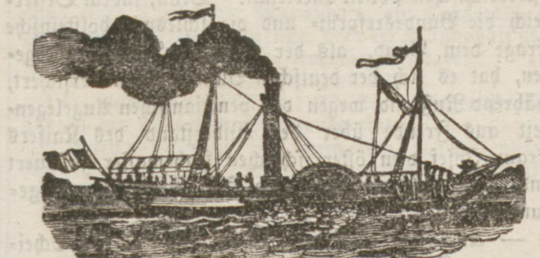
Danziger Dampfboot.

№ 133. **Montag, den 11. Juni.**



1866. **37ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, Sonnabend 9. Juni.

Es heißt, die für Montag vom Feldmarschall-Lieut. v. Gablenz einberufene holsteinsche Ständeversammlung werde preußischerseits jedenfalls verhindert werden.

— Nach einer Mittheilung der „Kieler Zeitung" ist der Regierungsrath Lesser an Stelle des Klosterprobstes Ahlefeldt, welcher abgelehnt hat, zum ständischen Kommissarius ernannt worden. Als Beigeordneter wird Petersen fungiren. Regierungsrath Stemann wurde nach Altona berufen und reiste dahin ab.

Itzehoe, Sonntag 10. Juni.

Generallieutenant v. Manteuffel ist mit seinem Adjutanten Nachmittags 5 Uhr hier eingetroffen und in der „Stadt Hamburg" abgestiegen. Von namhaften Mitgliedern der Ständeversammlung sind bis jetzt Wiggers aus Rendsburg und Beha aus Kiel hier anwesend.

Rendsburg, Sonntag 10. Juni.

General v. Manteuffel hat soeben eine Proklamation an die Einwohner Holsteins erlassen. Derselbe erkennt das ruhige, besonnene Verhalten, welches die Einwohner Holsteins ausnahmslos beim Einmarsch der preußischen Truppen diesen gegenüber an den Tag gelegt haben, an, befiehlt die Schließung sämmtlicher politischen Vereine, suspendirt das Erscheinen derjenigen politischen Blätter, die seither ohne Konzession herausgegeben worden, bis zu ihrer Herausgabe die gesetzlich vorgeschriebene Konzession eingeholt und ertheilt sein wird. Die durch Bekanntmachung des österreichischen Statthalters vom 15. October 1865 eingesetzte holsteinische Landesregierung in Kiel wird aufgelöst. Baron v. Scheel-Plessen übernimmt zugleich als Oberpräsident beider Herzogthümer die Leitung sämmtlicher Geschäfte der Civilverwaltung unter Autorität der höchsten Militärgewalt und wird seinen Wohnsitz in Kiel haben. Der König beabsichtige, heißt es in der Proklamation weiter, dem Prinzipe der Zusammengehörigkeit entsprechend, eine Gesammtvertretung der Herzogthümer Schleswig-Holstein ins Leben zu rufen. Um solche auf legalem Wege anzubahnen, sollen die Stände jedes der beiden Herzogthümer einberufen werden, wozu die nöthigen Einleitungen bereits getroffen sind.

Dresden, Sonnabend 9. Juni.

Das „Dresdner Journal" versichert gegenüber der von verschiedenen Zeitungen gebrachten bezüglichen Nachricht, daß der sächsischen Regierung bis zur Stunde von einem Rundschreiben des französischen Kabinets, in welchem die Höfe der deutschen Mittelstaaten ermahnt werden, in dem zwischen Oesterreich und Preußen ausgebrochenen Konflikt neutral zu bleiben, nichts bekannt geworden ist.

Frankfurt a. M., Sonnabend 9. Juni.

Die gestrige Bundestagssitzung ist ausgefallen, weil der Militärausschuß sich über die Besatzungsfrage nicht geeinigt hat. Oesterreich beharrt darauf, daß die Kurhessen Mainz besetzen sollen. Man glaubt, die auf heute angesagte Bundestagssitzung werde ebenfalls ausfallen.

— In der heutigen Sitzung des Bundestages gab der preußische Gesandte der österreichischen Auslassung vom 1. d. M. gegenüber eine Erklärung ab, die im Wesentlichen folgendermaßen lautet: Die Insinuation einer beabsichtigten, gewaltsamen Annexion der Herzogthümer werde als wahrheitswidrig zurückgewiesen. Oesterreich und Preußen haben sich in der Punktation vom 16. Januar 1864 dahin geeinigt, die zukünftigen Verhältnisse der Herzogthümer in gegenseitigem Einvernehmen festzustellen und namentlich die Erbfolgefrage nicht anders als nach gemeinsamem Einverständniß zu entscheiden. Dieser Rechtsaufstellung entspreche auch der durch den Wiener Frieden geschaffene Vertrag, von welchem die Gasteiner Konvention nur ein Ausfluß sei. Die österreichische Erklärung vom 1. d. Mts., welche eine Uebertragung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit an den Bund beantrage, durchbreche schnurstracks alle seit dem Beginn des Krieges von Oesterreich festgehaltenen, vertragsmäßigen Verpflichtungen. Preußen, eingedenk des nationalen Charakters der schleswig-holsteinschen Angelegenheit, sei bereit, dieselbe behufs einer friedlichen Lösung in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln. Die preußische Regierung erwarte auch jetzt nur den Augenblick, wo sie diese Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln und erledigen könne, in welcher die Mitwirkung der nationalen Vertretung dem Einflusse der partikularen Interessen das Gegengewicht halte und Bürgschaft dafür gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer schließlich dem Gesammtvaterlande und nicht dynastischer Begehrlichkeit zu Gute kommen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber und bei den positiven Begrenzungen, welchen die Kompetenz der Bundesversammlung durch ihre bestehende Verfassung unterliege, müsse Preußen Einspruch dagegen erheben, daß über seine eigenen, durch blutige Kämpfe und internationale Verträge erworbenen Rechte ohne seine Zustimmung verfügt werde. Die Einberufung der holsteinschen Stände könne, nachdem Oesterreich den Gasteiner Vertrag gebrochen, nur mit Zustimmung beider Souveräne geschehen. Der österreichische Gesandte bestritt in seiner hierauf abgegebenen Erklärung, daß der Gasteiner Vertrag gebrochen sei; nach § 1 des Vertrages sei daher Oesterreich für die einseitige Berufung der Stände kompetent. Der Antrag des Militärausschusses wurde einstimmig angenommen. Nach demselben erhält Mainz ein bayersches Gouvernement, sowie eine aus bayerschen Truppen und einzelnen Theilen der Reservedivision bestehende Besatzung; Rastatt wird badische Festungsbehörden und Truppen nebst einigen Bataillonen der Reservedivision erhalten. Die Ausführung dieser Maßregel erfolgt zugleich mit dem baldigst bevorstehenden Ausmarsch der österreichischen und preußischen Truppen, für welchen der Tag noch nicht festgestellt ist.

— Nachdem der Präsidialgesandte in der heutigen Sitzung des Bundestages die Verletzung des Gasteiner Vertrages Seitens Oesterreichs bestritten, behauptete er, daß derselbe Seitens Preußens durch dessen Einmarsch in Holstein verletzt sei, wogegen er im Namen seiner Regierung, die sich weitere Entschließungen vorbehalte, protestire.

— Der Vorschlag, das Vicegouvernement in Mainz und die Kommandantur in Frankfurt Bayern zu übertragen, ging von Preußen aus.

Karlsruhe, Sonnabend 9. Juni.

In der Abgeordnetenkammer wurde eine Regierungsvorlage eingebracht auf die Bewilligung eines Credits von 3,813,000 Gulden für die Kosten der Mobilmachung. Ein Gesetzentwurf über Einberufung der Exkapitulanten wurde vorgelegt.

Rastatt, Sonntag 10. Juni.

Die preußischen Truppen sind heute Morgen ausgerückt, die österreichischen haben Marsch-Ordre. Der Einzug der badischen Verstärkung steht bevor.

München, Sonnabend 9. Juni.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Adresse nach Ablehnung sämmtlicher Anträge der Minorität mit 96 gegen 45 Stimmen in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung unverändert angenommen.

— Sonntag 10. Juni. Neuerdings verlautende Aeußerungen unseres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten sprechen dafür, daß Baiern den Standpunkt festhält, sich gegen diejenige Großmacht zu erklären, welche mit den Waffen die andere angreift. Herr v. d. Pfordten soll einem Plane, nach welchem, wenn die preußischen Reform-Vorschläge mißglücken, ein Parlament unter Ausschluß Oesterreichs und Preußens einzuberufen wäre, nicht abgeneigt sein.

Wien, Sonntag 10. Juni.

Die Nachricht der „Neuen freien Presse", daß der Kaiser nach Ollmütz abgereist sei, ist vollständig unbegründet.

— Die „Wiener Amtszeitung" bringt ein Handschreiben des Kaisers an den Grafen Colloredo-Mansfeld, in welchem die gewissenhafte Thätigkeit der Staatsschulden-Controlkommission und die vollständigste Ordnung im Staatsschuldendienste belobt, die patriotische Absicht der Kommissionsmitglieder bei der Prüfung der gesetzlich sanktionirten Finanzmaßregeln und bei den daran geknüpften politischen Erwägungen anerkannt und schließlich gesagt wird, es sei des Kaisers ernstes, unausgesetztes Bestreben, die feierlich gewährleistete Mitwirkung der Völker bei der Gesetzgebung und Finanzgebahrung zu verwirklichen. Nichts werde den Kaiser mehr beglücken, als wenn das den Kriegsgefahren gegenüber sich bethätigende patriotische Zusammenwirken auch auf die Fragen der inneren Rechtsgestaltung einen bestimmenden Einfluß üben und endlich zu einem verfassungsmäßigen Organismus führen würde.

Bukarest, Sonntag 10. Juni.

Die Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung die Ausgabe von 32 Millionen Piaster Banknoten mit Zwangscours abgelehnt. Die Regierung wird jetzt die Bewilligung einer Kriegssteuer von 32 Millionen Piaster verlangen. — Die Nachricht, daß türkische Truppen die Donau überschritten haben, hat sich bis jetzt noch nicht bestätigt; dagegen ist es begründet, daß sämmtliche Truppen, mit Ausnahme der Kavallerie, aus Bukarest ausmarschirt sind.

Florenz, Sonnabend 9. Juni.

Ein Decret vom 7. d. M. ruft die zweite Kategorie der Altersklassen von 1842—45 unter die Waffen.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer begann die Diskussion des Gesetzes über die Unterdrückung der religiösen Korporationen. Artikel 1, welcher die Unterdrückung aller religiösen Korporationen ausspricht, wurde fast einstimmig angenommen.

Madrid, Sonnabend 9. Juni.

O'Donnell sprach in der letzten Sitzung der Cortes die Befürchtung aus, daß Spanien noch im Jahre 1866 sein eigenes Territorium werde vertheidigen müssen.

Paris, Sonnabend 9. Juni.

Die „France" sagt in Bezug auf den gegenwärtigen Konflikt: Wenn der Kaiser seine Entschließungen nicht direkt durch Mittheilungen den großen Staatskörpern darlegt, so könne man als sicher annehmen, daß Rouher werde beauftragt werden, den Kammern eine Erklärung zu geben. Dasselbe Journal dementirt das Gerücht von militärischen Vorbereitungen Frankreichs.

— Die „France" schreibt: Der Herzog von Grammont machte in Wien den letzten Versöhnungsversuch; Graf Mensdorff hielt einfach die in seinem Antwortschreiben auf die Einladung zur Conferenz abgegebenen Erklärungen aufrecht. Morgen werden hierauf bezügliche Depeschen Grammont's erwartet. Prinz Napoleon hatte eine lange Zusammenkunft mit dem Kaiser.

London, Sonnabend 9. Juni.

In der gestrigen Unterhaussitzung erwiderte Layard auf eine Interpellation von Griffith, die Regierung habe keine Nachricht von dem Uebergange türkischer Truppen über die Donau. Die Tractatmächte hätten ihre Vertreter instruirt, nichts zu thun, wodurch ihre respectiven Regierungen zur Anerkennung des fremden Prinzen verpflichtet werden könnten. Walsh hofft, England werde eine active Einmischung vermeiden.

— Sonntag 10. Juni. Der Vorschlag Lord Clarendon's, den Prinzen Carl von Hohenzollern als Regenten in den Donaufürstenthümern unter der Bedingung anzuerkennen, daß die Oberhoheit der Pforte aufrecht erhalten bleibt, findet in Paris und, glaubhaften Versicherungen nach, auch in Petersburg Zustimmung, in Wien dagegen Widerspruch.

Berlin, 9. Juni.

— Die Spannung hat den höchsten Grad erreicht, und doch erscheint es gleich schwer, den Frieden zu erhalten, wie den Krieg zu erklären, weil keine der sogenannten kriegführenden Mächte den „ersten Schuß" abgeben will. Das ist ganz einfach: Italien möchte gern losschlagen, denn es kann nicht mehr lange in Unthätigkeit verbringen, aber — es fehlt ihm der Kriegsfall oder doch irgend ein Vorwand; Preußen hat jetzt wohl einen Kriegsfall, aber die Kriegslust hält nicht gleichen Schritt damit; Oesterreich will den Krieg, aber gewichtige Gründe bestimmen es, nicht die Initiative zu ergreifen. So liegen die Dinge im Großen und Ganzen in diesem Augenblicke, und es läßt sich nicht ermessen, wie viele Stunden, Tage, ja gar Wochen dieser Zustand andauern wird.

— Wo wird also der erste Kononenschuß fallen: in Holstein, in Schlesien oder in Venetien? Trotz aller Abmühungen der deutschen Mittelstaaten und namentlich Bayerns, Preußen mit Oesterreich zu versöhnen, trotz aller Anstrengungen, welche selbst die neutralen Mächte unausgesetzt machen, um dem Blutvergießen vorzubeugen, ist dies doch in dem Augenblicke die einzige Frage in dem Munde Aller, selbst der Vermittelnden. So wäre man schon bis zu dieser Frage angelangt und kann sich doch nicht in den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich hineindenken.

— In Venetien beginnt der Kampf nicht, wie aus allen Nachrichten hervorgeht, es sei denn, daß die österreichische Armee den Po überschreiten wollte. Von der großen italienischen Armee ist bis zur Stunde nur ein Armeecorps kriegsbereit, welches allein den Angriff auf das Festungsviereck mit seinen ungesunden Umgebungen nicht wagen kann. Venetien wird in Dalmatien und durch die Flotte erobert werden, lauten die Urtheile competenter Berichterstatter.

— Ebenso wenig bietet die augenblickliche Lage der Dinge, wie sie sich durch den Einmarsch der Preußen in Holstein gestaltet hat, eine Handhabe für die Behauptung, um Altona werde der Kampf entbrennen. Die Herzogthümerfrage mag wohl indirect das Schwefelhölzchen werden, welches Europa in Brand steckt, wie Lord Palmerston einmal geweissagt hat, die Herzogthümer selbst aber, das versichern Briefe aus ernsten Kreisen, werden nicht der Schauplatz von Kämpfen zwischen Preußen und Oesterreichern sein.

— Es bliebe also noch Schlesien: — was dort vorgeht, ist Sache des Generalstabs. Wir wissen eben nur, daß der verhängnißvolle erste Schuß noch nicht gefallen ist; wir sehen andererseits, daß man die Zeit bis zu diesem Schusse damit ausfüllt, vom Congresse, von Oesterreichs Antwort zu sprechen, Napoleons Ausruf: „Wäre der Congreß zu Stande gekommen, so hätte ich Europa durch die Mäßigung meiner Ansprüche in Erstaunen gesetzt" zu commentiren, Rußlands Politik, das mit sieben Siegeln verschlossene Buch, zu ergründen, Begeisterung hüben und drüben anzufachen und sich gegenseitig des Mangels an Ehrlichkeit, des Vertragsbruches zu beschuldigen, andrer Verdächtigungen nicht zu gedenken. Die österreichischen Blätter bieten eine reichhaltige Blumenlese solcher Dinge, und käme es auf Worte an, die Welt würde von der Wiener Presse ganz allein aus den Fugen gehoben.

— Es ist, sobald es zur Aktion kommt, nicht unmöglich, daß dieser oder jener Theil Schlesiens für kürzere Fristen strategisch aufgegeben werden muß. Dieses Schicksal wird speziell Breslau in Aussicht gestellt. Der Kronprinz soll selbst in Freiburg eine darauf hinzielende Aeußerung gethan haben.

— Der Congreß ist todt, eingesargt, verscharrt und doch ist die Idee nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen; eine innige, nicht wegzuleugnende Freundschaft zwischen Frankreich und England, welche bald wieder die Bezeichnung „Westmächte" annehmen werden, ist dieser Idee entsprossen — so innig, daß man bis ins kleinste Detail einverstanden ist über die Haltung, welche den Ereignissen gegenüber beobachtet werden soll. Der Congreß aber liegt im Grabe, und es werden jetzt nur noch die Condolenzbriefe zwischen London, Petersburg und Paris ausgewechselt, in welchen man, vertraulich, die Geschicklichkeit der neuesten österreichischen Politik anerkennt. Denn, indem Oesterreich die Bundesreform- und die schleswig-holsteinsche Frage dem Bund, als der richtigen Instanz übergeben, hat es sich der deutschen Bundesstaaten versichert, während Rußland wegen der venetianischen Angelegenheit aus Freude über den Widerstand des Kaisers Franz Josef dem österreichischen Fahrwasser zusteuert und Frankreich nunmehr die Hände ein wenig gebunden sind.

— Auch jetzt noch wird Oesterreich für das Scheitern der Conferenzen verantwortlich gemacht, grade wie man in Deutschland Württemberg viel mehr noch als Sachsen den Vorwurf entgegenhält, es habe durch die habsburgischen Neigungen seines Fürstenhauses den Ausbruch des Krieges mit verschuldet. Württemberg meint, es werde möglicherweise Preußen als einen gewöhnlichen, vielleicht gebrochenen Bundesstaat unter österreichischer Leitung sehen, und es vergißt, daß ein Deutschland ohne Preußen nicht denkbar, daß aber die österreichischen Völkerschaften nur aus Haß gegen das Deutschthum in den Krieg ziehen. „In einem solchen Kriege als Bundesgenosse gegen Preußen mitkämpfen — wenn das einmal eine nationale Aufgabe geworden ist, mag Deutschland sein Haupt verhüllen und in Trauer gehen."

— Grade so fangen nach und nach auch Anhänger des Augustenburgers in Holstein zu denken an, namentlich in Kiel, wo man bisher geglaubt hat, daß es möglich sein werde, die herrschende Auffassung von der deutschen Frage mit dem Augustenburgerthum vereinigen zu können. „Wenn es zum Kriege kommt, muß man zu Preußen stehen", hört man in Kiel unumwunden aussprechen; ein bedeutsamer Umschwung!

— Der „Staatsanzeiger" bringt folgende Bekanntmachung des Ministers Grafen Eulenburg: Der König hat mir eine Anzahl Adressen von Städten und Korporationen übergeben, welche um Erhaltung des Friedens bitten, indem sie theils die Wohlthaten des Friedens ausschließlich hervorheben, theils die Erhaltung des Friedens nur unter der Voraussetzung erbitten, daß der Friede mit der Ehre und dem Wohle des Vaterlandes vereinbar sei, aber ausdrücklich andeuten, daß zur Zeit beide ungefährdet erscheinen. Se. Majestät haben mir befohlen, sämmtliche Adressen wie folgt zu beantworten: „Allerhöchstdieselben haben in den betreffenden Vorstellungen nur ungern die Hingebung und die Opferbereitwilligkeit vermißt, welche andere Kundgebungen der letzten Zeit, namentlich die Adresse von Breslau, enthalten. Se. Majestät haben in dem bekannten Erlaß an die letztere Stadt klar und eindringlich ausgesprochen, daß Niemand schmerzlicher als Allerhöchstdieselben die schweren Opfer, welche der Krieg dem Vaterlande auferlegen würde, empfinden und Niemand das Bedürfniß lebhafter fühlen könnte, daß dieselben von Herrscher und Volk in ungetrübter Eintracht getragen werden. Se. Majestät haben feierlichst erklärt, das Volk nur unter die Waffen gerufen zu haben, um Preußen, wenn seine heiligsten Güter bedroht würden, zu vertheidigen. Bezugnehmend auf den Wunsch, daß die Wiederherstellung des vollen Einklangs zwischen Regierung und Volk der nationalen Begeisterung die rechte Grundlage und Weihe geben möge, verkündige der König von Neuem, daß die Verständigung mit dem Landtage das Ziel Seiner Wünsche und Seines eifrigen Strebens ist. In diesen Allerhöchsten Versicherungen haben die Urheber und Unterzeichner jener Adressen die der Würde der Krone wie den Interessen des Vaterlandes einzig angemessene Erwiderung und Bescheidung zu finden. Angesichts der vorhandenen, täglich wachsenden Gefahren erwarten Se. Maj. der König, daß das gesammte preußische Volk eingedenk der Traditionen einer großen Vergangenheit eine einmüthige, patriotische Hingebung für die höchsten und heiligsten Interessen des Vaterlandes von Neuem rückhaltlos bewahren werde."

— Es haben am 8. Juni zahlreiche Beförderungen in der Armee stattgefunden. Der Herzog zu Sachsen-Altenburg, der Kronprinz, der Kriegsminister v. Roon, der Chef des Generalstabes der Armee, Frhr. v. Moltke, sind zu Generals der Infanterie, 5 General-Majors zu General-Lieutenants, 9 Obersten zu General-Majors, 47 Oberstlieutenants zu Obersten, 58 Majors zu Oberst-Lieutenants befördert worden. 1 General-Major von der Armee hat den Charakter als General-Lieutenant, 16 Oberstlieutenants haben den Charakter als Obersten, 18 Majors den als Oberstlieutenants erhalten.

— Während bisher die Prinzen des Kgl. Hauses in ihren Stellungen bei der Armee, vom General-Major aufwärts, mit allen übrigen Inhabern der gleichen Charge gleichen Schritt in dem Avancement hielten, ist man jetzt von diesem Princip abgewichen. Durch die Ernennung des Kronprinzen zum General der Infanterie sind sowohl der Prinz Georg von Preußen, als auch mehrere andere General-Lieutenants mit einem älteren Patent der gleichen Charge übergangen worden.

— Es sind die preußischen Vorschläge für die Bundesreform nunmehr bestimmt formulirt und am 8. Juni nach Frankfurt abgegangen. Dieselben gehen principiell von einer Ausscheidung Oesterreichs aus dem deutschen Bunde aus, wollen also ein engeres Deutschland mit preußischer Spitze gebildet wissen. Nur der Oberbefehl über das Heer soll getheilt werden, und zwar in der Weise, daß über die nördlichen und westlichen deutschen Staaten Preußen, über die südliche Gruppe Bayern den Oberbefehl übernimmt. Ein Parlament, gewählt nach dem Wahlgesetz von 1849, soll die Interessen des deutschen Volkes vertreten, der Bundestag, in welchem die einzelnen Regierungen durch Gesandte vertreten werden, daneben einen zweiten Factor, gewissermaßen ein Oberhaus ausmachen. Die Gleichheit und Gemeinsamkeit in Beziehung auf die commerciellen und rechtlichen Verhältnisse innerhalb dieses engeren Deutschlands u. s. w. reihen sich diesen Vorschlägen selbstverständlich an. Voraussichtlich werden diese Vorschläge in der nächsten Bundestagssitzung eingebracht werden; den einzelnen deutschen Regierungen sind sie bereits mitgetheilt worden.

— Während von mancher Seite bisher gehofft wurde, daß der wirkliche Eintritt des Krieges den Grafen Bismarck in den Stand setzen werde, liberale Concessionen, die zur Versöhnung der öffentlichen Meinung unumgänglich sind, durchzusetzen, wird versichert, daß mit dem Ausbruche des Krieges die Regierung von dem Art. 111 der Verfassung ergiebigen Gebrauch machen und Preßfreiheit und Versammlungsrecht beschränken werde.

— Die Ausfertigung neuer Darlehns-Kassenscheine ist soweit vorgeschritten, daß nunmehr die Uebergabe dieser Scheine, und zwar zunächst der Appoints zu 10 Thaler an die Haupt-Verwaltung der Darlehnskassen allmälig erfolgen wird.

— Am Donnerstag gelangte an den König selbst eine telegraphische Depesche aus Mainz, in der ein dortiger Einwohner, der sich namhaft machte, dem Könige mittheilte, daß am Morgen desselben Tages zwei Männer von dort abgereist seien, welche die Absicht hätten, den König zu ermorden. Die Depesche wurde auf Befehl des Königs dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern zugesendet, und da eine solche Nachricht, selbst wenn sie so unglaubwürdig wie möglich ist, niemals unbeachtet gelassen werden kann, wurde die Criminalpolizei und die Schutzmannschaft aufgeboten und sowohl der Potsdamer wie der anhaltische Bahnhof besetzt. Die mit den Personenzügen ankommenden Fremden wurden nach ihrer Legitimation befragt, auf derselben, falls sie eine solche besessen, ihr Absteigequartier notirt oder die Paßkarten resp. Pässe abgenommen. Legitimationslos waren nur 4 Personen, die zum Molkenmarkt sistirt wurden. Sie legitimirten sich aber sämmtlich als unverdächtig. Darunter waren eigenthümlicherweise ein Professor, den der König selbst hierher berufen hatte, und ein Rath eines Gerichts.

— Der König befand sich gestern auf dem Stettiner Bahnhof zum Empfang des 9. Landwehrregiments. Plötzlich drang aus der umstehenden Menge ein kleiner rothbärtiger Mann mit einem Knittel bewaffnet gegen den König in offenbar feindseliger Absicht vor. Ein Polizeihauptmann versetzte jedoch dem wahrscheinlich Irrsinnigen einen Schlag auf den Arm, und in demselben Moment bemächtigte sich auch der Polizeipräsident v. Bernuht und ein Adjutant des Königs des Attentäters.

— Der österreichische Gesandte Graf Carolyi hat sich bei seinen Abschiedsbesuchen dahin ausgesprochen, daß er in demselben Moment, wo er von seinem hiesigen Posten scheiden müsse, auch seine Entlassung aus dem Staatsdienste nehme. — In gleichem Sinne hat sich der Vertreter Sachsens, Graf Hohenthal, geäußert.

Schleswig-Holstein. Wie es scheint, wird FML. v. Gablenz wohl auf den Versuch verzichten, die holstein'schen Stände in Altona zusammentreten

zu lassen; es heißt sogar, er würde sich gänzlich nach Hannover zurückziehen. Wir glauben daher auch nicht, daß Gablenz mit dem weiteren Experimente vorschreiten wird, in Holstein Rekruten auszuheben, ungeachtet von einer Reise des Augustenburgers nach Nienstedt erzählt wird, angeblich zur Abhaltung einer „Revue über die waffenfähige Mannschaft." Allem Vermuthen nach wird vielmehr die Räumung Holsteins durch die Oesterreicher vor sich gehen, ohne daß ein Zusammenstoß stattfindet.

Dresden. Wie wir erfahren, wird Sachsen in den nächsten Tagen eine bindende Neutralitätserklärung abgeben, so daß dies Land dann weder von den österreichischen, noch von den preußischen Truppen wird betreten werden können.

Wien. Hier ist man mit der Wendung, welche die Dinge vor dem Kriege genommen haben, zufrieden; eine schwache Hoffnung, stark umflort, ist noch geblieben: eine Versöhnung zwischen Deutschlands mächtigsten Fürsten ist noch möglich; aber die Vermittlung darf nicht von fremdem Lande aus sich geltend machen. Das Gefühl, daß eine unsichtbare Hand an langem Arme diese Versöhnung durch geschicktes Spiel bisher hintertrieben, überkommt die österreichische Presse, aber — wenn man Kenntniß genommen hat von der Antwort des Grafen Mensdorff auf die Einladungsschreiben zum Congreß, so stellt sich doch heraus, daß Oesterreich trotz aller jener sanftklingenden Betheuerungen den Krieg nicht vermeiden will; denn dem kampfesbegeisterten Italien verweigert Oesterreich, obgleich es mit ihm über die „italienischen Differenzen" in Berathung treten will, die völkerrechtliche Anerkennung. Die kaiserliche Regierung kennt nur einen „König Victor Emanuel", wie es am liebsten Preußen schon ganz laut aus den Reihen der unabhängigen Staaten gestrichen, erklären möchte. Materiell ist wohl Preußen zum Kampfe gerüstet, aber dieses materielle Rüstzeug ist zu zerstören, weil ihm die geistige Rüstung von oben und unten fehlt, spricht man in Wien.

— Der seltsame Zustand nervöser Aufregung, in welchem sich der Kaiser von Oesterreich befindet, wirft ihn aus einer Exaltation in die andere. Man versichert uns, er bringe den größten Theil des Tages theils mit Weinen theils mit Beten zu. Die verzweifelte Lage des Kaiserstaats scheint einem ihm innewohnenden Krankheitsstoffe die Richtung nach dem Sitze des Gemüths gegeben zu haben.

— Das Kriegsmanifest des Kaisers von Oesterreich ist bereits in Tausenden von Exemplaren gedruckt und soll in den nächsten Tagen verbreitet werden. Es soll darin ausdrücklich gesagt sein, daß die österreichische Armee nicht länger in Waffen wartend stehen bleiben kann, daß also die Initiative gegen Preußen ergriffen werden müsse.

— Ein neuester Armeebefehl Benedeks hat große Aufregung unter den — Kapellmeistern hervorgerufen. Er verfügt darin, daß die Musikbanden der Regimenter eventuell mit in die Action zu ziehen und mit klingendem Spiel die vorwärts strömenden Truppen zu begleiten haben.

— An die Bevölkerung von Venedig ist der Befehl ergangen, sich auf drei Monate zu verproviantiren oder die Stadt zu verlassen.

Zu den Wahlen.

Die Ueberzeugung scheint sich immer mehr Bahn zu brechen, daß bei den gegenwärtigen Wahlen ganz andere Gesichtspunkte in Betracht kommen, als bei den frühern.

In der Spenerschen Zeitung veröffentlicht der Justizrath Jung folgenden Aufruf:

Des Vaterlandes Wohl
für Alle das höchste Gesetz.

Wahrheit gegen Freund und Feind.

I. Wenn der Schiffsführer die Mannschaft, den nahenden Sturm verkündend, zu ihrer Schuldigkeit ruft, dann giebt er dem Gedanken keinen Raum:

daß ein Zwiespalt in der Gesinnung den Eifer, die Opferfreudigkeit der Mannschaft bei der Rettung des Schiffes lähmen werden;

und die Mannschaft, allen Hader vergessend, setzt Gut und Leben ein, das Schiff, und mit ihm sich selbst, vor dem Untergange zu schützen.

II. Sollte es anders sein, wenn im Angesichte des nahenden, den Untergang androhenden Feindes, der König, Alle rufend, von seinem Volke die Mittel beansprucht, des Vaterlandes Selbstständigkeit zu schützen?

III. An alle Preußen tritt jetzt die Frage über „Sein" oder „Nichtsein" ihres Vaterlandes; und ihre Herzen sollten sich nicht finden; sie sollten nicht, allen Hader vergessend, in Liebe und Eintracht dem Feinde die Stirn bieten? Dann müßte vorausgesetzt werden, daß die Grollenden nicht das Wohl des Vaterlandes als höchstes Gesetz erkennen und nicht nach demselben handeln wollen.

Das dürfen wir nicht voraussetzen. Bis zum Beweise des Gegentheils müssen wir Jedermann glauben: daß er im Hinblicke auf das Wohl des Vaterlandes gewissenhaft die Begründung seiner politischen Ueberzeugung gesucht habe.

IV. Wem aber das Wohl des Vaterlandes höchstes Gesetz, der darf die zur Abwehr des Feindes nothwendigen Geldmittel nicht verweigern, weil die Verweigerung derselben die Unterjochung, den Untergang des Vaterlandes begünstigen würde. Wer nur solche Wahlmänner und Abgeordnete will, welche die zur Abwehr des Feindes nöthigen Geldmittel verweigern, steht daher mit seinem obersten Grundsatze im Widerspruch.

V. Dieser Widerspruch wird dadurch nicht gehoben, daß die Verweigerung auf die Behauptung einer Verletzung einer Bestimmung der Verfassungsurkunde oder auf den Wunsch einer Erweiterung gegebener Rechte gestützt wird.

Oder sollte es gerechtfertigt sein, die Mittel zur Rettung des Schiffs zu verweigern, weil, nach der Meinung eines Theiles der Mannschaft, ein Paragraph des geschlossenen Vertrages verletzt, oder der Mannschaft überhaupt zu beschränkte Rechte eingeräumt worden?

Das kann Niemand behaupten wollen.

VI. Eintracht giebt Macht! Alle stimmfähigen Preußen sind in der Liebe zum Vaterlande einig.

Seien wir Preußen auch darin einig, daß wir, unserm obersten Grundsatze getreu, die zum Schutze des Vaterlandes nothwendigen Mittel gewähren wollen.

Das walte Gott!

Berlin, den 5. Juni 1866.

Ludwig Jung,
Geheimer Justizrath und Rechtsanwalt
bei dem Königl. Ober-Tribunale.

Sehr bemerkenswerth ist auch nachfolgender Auszug aus dem Wahlmanifest der Haller Altliberalen:

„Gemacht oder nicht, angezettelt oder nicht — dieser Krieg ist gekommen, weil er früher oder später kommen mußte, und kommen wird er, auch wenn wir ihm jetzt noch einmal entrinnen. Es ist der Krieg, der allemal dann ausbrechen muß, sobald Preußen mit Ernst seine Mission verfolgt, in Deutschland ein neues Recht aufzurichten, das der bisherigen Ohnmacht und Zerrissenheit ein Ende mache. Um die Hegemonie in Deutschland, um die Reichsverfassung, um ein stehendes deutsches Parlament, um die Möglichkeit eines dauernden Friedens — um alles Dasjenige wird er geführt, was der Inbegriff des Strebens der nationalen Partei seit fast einem Menschenalter ist. Wir glauben nicht, daß alle diese Ziele sicher, und noch weniger, daß sie mit Einem Wurfe zu erringen sind. Aber an uns, so Gott will, soll es nicht fehlen, um die große Bewegung zu dem zu machen, was sie nach der Natur der Dinge und nach dem Werthe des Preises, der auf dem Spiele steht, sein sollte. Wir sind gesonnen, in diesen Kampf, ob er heute oder morgen ausbräche, unsere ganze Leidenschaft für Deutschlands Macht und Größe, den ganzen Nachdruck des nationalen Willens und Gewissens zu werfen. In diesem Sinne greifen wir zu dem Einen großen Hebel, durch den die Frage der Macht auf den Boden der Freiheits-, der Volks-Interessen gehoben wird — zu dem constituirenden deutschen Parlamente. In diesem Sinne stimmen wir in den allgemeinen Ruf des preußischen Volkes ein: Anerkennung unseres Verfassungsrechtes, Herstellung des inneren Friedens, Abstellung aller der Beschwerden, die auf dem Rechtsgefühl der Bevölkerung lasten und den begeisterten Aufschwung derselben so kläglich niederhalten. Und in eben diesem Sinne denken wir zu wählen. Es bedarf nach Allem, was wir gesagt haben, keiner Auseinandersetzung, daß die von der Fortschrittspartei ausgegebene Parole „Wiederwahl" für uns keinen Sinn hat. . . . . Wir werden nur solche Männer wählen dürfen, die ihre Pflicht gegen Preußen und Deutschland so verstehen, wie wir es verstehen, Männer, deren Patriotismus uns ebenso voll verbürgt ist, wie ihre Verfassungstreue."

Das Verhältniß der Parteien zur Wahl der Abgeordneten.

Die Altliberalen haben bei den letzten Wahlen für die Candidaten der Fortschrittspartei gestimmt, weil sie im Allgemeinen gleiche Ziele anstrebten und weil ihr gemeinschaftlicher Feind, die feudale Partei, gegen beide liberalen Fractionen Front machte; deshalb war es geboten, die unbedeutenderen Zwistigkeiten ruhen zu lassen und dem gemeinschaftlichen Feinde mit vereinten Kräften entgegen zu treten.

Diese Situation hat sich geändert; ein neuer Feind ist aufgetreten, der nicht blos gegen die liberalen Parteien, sondern zugleich gegen deren bisherigen Feind, gegen ganz Preußen Front macht. — Es fragt sich, ob diesem neuen Feinde die Bedeutung beizumessen ist, daß aller innerer Zwist zu vertagen und demselben mit den vereinten Kräften aller Parteien in Preußen entgegen zu treten, geboten erscheint.

Vielfach hört man von Mitgliedern der Fortschrittspartei es aussprechen, daß sie ihre Hülfe von Bedingungen abhängig machen, sie wollen die Mittel zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes nur gewähren, wenn Seitens der Regierung das Budget-Recht hergestellt und gesichert werde; wenn das Herrenhaus geändert, wenn die Verwaltung in liberales Fahrwasser gelenkt werde.

Ob Diejenigen Recht haben, die die Mittel zum Kriege bewilligen, oder Diejenigen, die diese Bewilligung von der Erfüllung der obenangeführten Bedingungen abhängig machen wollen, hängt davon ab, ob man es wichtiger hält, erst den gemeinsamen Feind und später die feudale Partei zu bekämpfen, oder umgekehrt. Uns erscheint dies eine ganz müßige Frage; auf den Ausbruch des drohenden Krieges wird es ohne Einfluß sein, ob das Haus der Abgeordneten die Mittel zum Kriege bewilligt oder nicht. Wenn nun der Krieg ausbricht, will dann die Fortschrittspartei die Hände in den Schooß legen, bis der innere Zwist ausgeglichen ist? oder ist sie der Meinung, daß die Regierung im gegenwärtigen Augenblicke nachgeben, die gestellten Bedingungen bewilligen werde? Dies wäre zwar sehr schön, die altliberale Partei strebt dieselben Ziele an; der Unterzeichnete glaubt aber nicht an ein solches Nachgeben in dieser Zeit, und dürfte es nur wenige Menschen geben, die daran glauben. Die letzten 18 Jahre haben oft gezeigt, daß es nichts hilft, Resolutionen zu beschließen, wenn es an der materiellen Macht fehlt, ihnen Nachdruck zu geben, sie zur Geltung zu bringen. Wer den realen Machtverhältnissen keine Rechnung trägt, lebt in Idealen. — Es fragt sich, was die Wirkungen sein werden, wenn das Abgeordnetenhaus die Mittel zum Kriege verweigert. Auf den Ausbruch des Krieges ohne Einfluß, werden die Mittel zur Führung des Krieges auf andere, und jedenfalls dem Gemeinwohl schädlichere Art beschafft werden, als wenn das Abgeordnetenhaus darüber in Berathung träte und sie bewilligte; ferner verstärkt es den nachtheiligen Einfluß, welchen der Zwiespalt zwischen Regierung und Volk auf die Stimmung des Landes ausübt. Arnold.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 11. Juni.

— Contre-Admiral Jachmann ist zum Geschwader-Chef, der Capitain-Lieutenant Struben zum Commandanten des Schiffes „Augusta", der Capitain-Lieutenant Przewisinsky zum Commandanten der „Victoria" und der Capitain-Lieutenant Mac Lean zum Commandanten des Panzerfahrzeugs „Prinz Adalbert" ernannt worden. Die in Kiel vereinigten Kriegsschiffe sind zur Disposition des Generals Manteuffel gestellt.

— Das preußische Panzerboot „Arminius" ist von Kiel nach Bremerhafen abgegangen.

— Die Zahl der preußischen Kanonenboote auf der Rhede von Hamburg ist jetzt auf 6 gestiegen.

— Das preußische Kanonenboot „Tiger" ist am 8. Juni von Hamburg ausgelaufen.

— Einem Privatbriefe aus Ratibor entnehmen wir die Notiz, daß dort österreichische Deserteure eingebracht wurden. Sie erklärten ihren Uebertritt damit, daß sie seit länger als acht Tagen kein Traktament erhalten haben.

— Die evangelischen Militair-Geistlichen legen zur Bezeichnung ihres Amtscharakters im Felde eine violette, auf beiden Seiten mit zwei Finger breiten weißen Streifen versehene seidene Feldbinde an, die in der Form einer Schärpe um den Hals getragen und auf der Brust in eine Schleife geschlungen wird. Außerdem tragen die evangelischen Militair-Geistlichen im Felde einen schwarztuchenen Ueberrock (Amtsrock) mit stehendem Kragen und einer Reihe Knöpfe, der zwei Hände breit unter das Knie hinabreicht, und eine schwarz-seidene Weste.

— In der nächsten Zeit wird eine größere Anzahl von Fähnrichen zu Lieutenants ernannt werden.

— Es sind die kommandirenden Generale ermächtigt worden, den in etatsmäßigen Offizierstellen Dienste leistenden Portepee-Fähnrichen das Anlegen der Offizierwaffe zu gestatten.

— Das zu errichtende, auf 40,000 Mann berechnete 10. Armeecorps wird durch Abgabe von Mannschaften aller Truppengattungen aus den vorhandenen neun Armeecorps gebildet werden.

— Aerzte und Lazareth-Gehilfen, welche das militärpflichtige Alter bereits überschritten haben, indessen geneigt sind, bei der Armee sich nützlich zu machen, können sich bei den Landwehrstäben melden. Die sich Meldenden dürften ihre baldige Verwendung zu gewärtigen haben, da zur Zeit an Aerzten und Lazareth-Gehilfen kein Ueberfluß ist.

— Sämmtliche Militär-Festungssträflinge, soweit sie keine entehrenden Vergehen und Verbrechen haben, sind begnadigt worden und können bei ihren früheren Truppentheilen wieder Dienste nehmen. Von jener Gunst sind jedoch ausdrücklich alle ausgeschlossen, die Ehrenstrafen zu erleiden haben.

— Das Rauchen auf den Straßen ist den Soldaten jetzt erlaubt. Zahlreiche Anklagen über das Rauchen der Soldaten auf den Straßen veranlaßten den Stadtcommandanten von Köln, sich an das Kriegsministerium zu wenden. Dies hat nun verfügt, daß die Soldaten ungehindert mit kurzen Pfeifen und Cigarren auf den Straßen erscheinen können.

— Das Publikum machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß Post-Packete an Soldaten in der jetzigen Zeit bei der Aufgabe vom Absender frankirt werden müssen. Gelangen solche Packete dennoch unfrankirt zur Aufgabe, so werden sie Seitens der betreffenden Post-Sammelstelle nachträglich durch Marken frankirt und der Betrag der Absendungs-Postanstalt zur Einziehung vom Absender angerechnet. Solche Packete unter und bis 6 Pfund erleiden nach den bisherigen Bestimmungen eine Porto-Ermäßigung, indem für sie, wenn auf der Adresse vermerkt ist: „Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers", nur das Franco, was der einfache Brief auf die betreffende Entfernung kosten würde, zur Erhebung kommt. Hiernach sind Packete an Soldaten bis zu einem Gewichte von 6 Pfund auf die weiteste Entfernung innerhalb des preußischen Staates mit nur 3 Sgr. zu frankiren. Bei schwereren Packeten an, sowie bei allen Packeten von Soldaten tritt das volle, tarifmäßige Porto ein.

— Die von uns mitgetheilte Verfügung des General-Post-Amts, die Ausschließung der Privat-Päckereien an die in Marschbewegung befindlichen Militairs und Militair-Beamten betreffend, ist nur eine vorübergehende Maßregel und lediglich deshalb angeordnet, weil es bei dem nunmehrigen häufigen Wechsel des Standortes der Truppen nicht mehr möglich ist, die Päckereien den Adressaten zuzuführen, da die eigentlichen mobilen Feldpost-Anstalten, welche mit den Truppen mitrücken, durch den Transport von Privat-Päckereien nicht belastet werden können. Sobald die Truppen wieder festere Standorte inne haben, wird auch die Annahme der Privat-Päckereien an die Militairs ꝛc. wieder in dem bisherigen Umfange gestattet werden. Dies dem Publikum zur Beruhigung.

— Wir machen darauf aufmerksam, daß Privat-Päckereien an die in dem lauenburgschen Postbezirke und in den Elbherzogthümern befindlichen preußischen Truppen nach wie vor zur Beförderung mit der Post angenommen werden können.

— Wie wir hören, wird der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag stellen, zur Bestreitung der außergewöhnlichen Bedürfnisse der Commune durch die Mobilmachung der Truppen, Einziehung der Landwehr und die von der Stadt aufzubringende monatliche Landlieferung von ca. 7000 Thlrn. statt des vorläufigen Verkaufes von 25,000 Thlrn. Rentenbriefe und bei den niedrigen Coursen derselben — Schuldverschreibungen bis 100,000 Thlr. auszugeben, welche mit 8 pCt. verzinst werden sollen. Der kleinste Betrag, welcher angenommen werden soll, sind 100 Thlr., die Zurückerstattung soll nach einer halbjährigen Kündigung erfolgen. In der morgigen Stadtverordneten-Versammlung wird dieser Antrag zur Berathung kommen resp. zum Beschlusse erhoben werden.

— Unter den kleinen hiesigen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden, welche von der fast unerträglichen gegenwärtigen Geldkrisis stark berührt werden, giebt sich der, wie uns scheint, gerechtfertigte Wunsch zu erkennen, geeignete Mittel, wie etwa die Prolongation der laufenden Wechsel, auch bei uns zur möglichsten Erleichterung des augenblicklichen Nothstandes in Handel und Industrie von den competenten Vertretern der Kaufmannschaft in Vorschlag gebracht zu werden.

— Der hiesige Gustav-Adolph-Verein feiert Montag den 25. Juni c. sein Jahresfest. Die Feier wird durch einen Gottesdienst, welcher Sonntag den 24. Juni d. J., Nachmittags 6 Uhr, in der hiesigen Ober-Pfarrkirche zu St. Marien stattfinden und bei welchem Herr Pfarrer Wachhusen aus Oliva die Festpredigt halten wird, eingeleitet werden.

Königsberg. Vor einigen Tagen kam hier der gewiß höchst seltene Fall vor, daß ein Grundstück in der Mühlenstraße, auf welches 7000 Thlr. eingetragen waren, für 2 Thlr. unter dem öffentlichen Aufgebot verkauft wurde. Die Hypothekgläubiger, die nun sämmtlich mit ihren Forderungen ausfallen, haben das sich selbst zuzuschreiben, da sie verabsäumt, den Kauftermin wahrzunehmen.

Stettin. Die hier vorgekommenen Cholera-Erkrankungen treten mit großer Heftigkeit auf, wodurch sich die im Verhältniß bedeutende Sterblichkeit erklärt.

Stargard. Wie viel Aberglauben noch herrscht, zeigt das gute Geschäft, welches für die jetzigen Kriegsrüstungen mit „Schutzbriefen" gemacht wird, welche hieb- und schußfest machen sollen. Auch in Berlin und Stettin sollen dieselben colossalen Absatz gefunden haben, obgleich eine große Anzahl der Käufer natürlich erklärt, sie seien weit entfernt, an Schutzkraft zu glauben. Hier existiren dergleichen Armuthszeugnisse in zwei verschiedenen Fassungen, die aber darin übereinstimmen, daß sie auffordern, die Wirkung dadurch zu erproben, daß man den Brief einem Hunde umhänge: man wird dann vergebens versuchen, das Thier zu erschießen. Der eine will im Jahre 805 auf dem heiligen Grabe gefunden sein und seine Kraft an Karl dem Großen bewährt haben, für den andern soll im Jahre 1734 kein Geringerer, als der Erzengel Michael als Briefträger vom Himmel zur Erde gedient haben. Letzterem zu widersprechen, ist gefährlich, denn es steht ausdrücklich darin: „Wer an diesen Brief nicht glauben und danach thun will, der ist von mir verdammt und wird weder Glück noch Segen haben. Ich sage Euch, daß Jesus diesen Brief geschrieben hat, und wer dem wird widersprechen, der ist verlassen und soll keine Hilfe haben." Die eigentlichen zauberkräftigen Worte sind natürlich ein völliges Gallimatias Und dieser haarsträubende Blödsinn findet im Jahre 1866 reißenden Absatz! Die Sache ist doch eigentlich nicht blos lächerlich.

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 9. Juni.

Fast alle Berichte sind darüber einig, daß die Frostwoche im Mai den Feldern verhältnißmäßig keinen großen Schaden gethan hat. Erst nach Eintritt heißer Tage sind die wirklichen Schäden mit Sicherheit zu schätzen gewesen, und man findet, daß dieselben im Allgemeinen mäßig sind. Nur der Fruchtansatz der Obstbäume hat schwer gelitten, und stellenweise dürften nur Aepfel einen nennenswerthen Ertrag geben. Jene günstigen Berichte haben jedoch auf unsere Kornbörse nicht drückend gewirkt. An Weizen wurden in d. W. über 1300 Lasten umgesetzt, und der Preisdruck der v. W. von fl. 10 bis 15 pro Last wurde mit unerheblichen Ausnahmen wieder eingeholt. Ganz ordinaire ausgewachsene Parthieen blieben durchaus unbeliebt, und bei einem Gewicht von 110 bis 121 Pfd. war für solche nicht über 45—50 Sgr. pro Scheffel hinauszukommen. Für hochbunten 131.32.34pfd. Weizen wurde 85.87½ bis 90 Sgr. gemacht; für hellbunten 130 bis 131pfd. 78—80 Sgr. und für hellbunten 126.28pfd. 70—75 Sgr.; für gutmitteln 124.25pfd. 63—65 Sgr., Alles auf 85 Zollpfd. — Für Roggen ist eine nennenswerthe Besserung nicht anzugeben, doch war vorzüglich nahe Lieferung Juni, Juli gefragt. Umgesetzt wurden 300 Lasten. 119.23pfd. ist pro Scheffel mit 45—47 Sgr. und 124.26pfd. mit 48.49 Sgr. zu notiren, Alles auf 81⅚ Zollpfd. — Durch Stromzufuhren aus Polen kamen 260 Lasten Gerste in den Handel. Kleine wie große 101.103pfd. brachte 40½ Sgr., und 106.109pfd. 42 bis 42½ Sgr., Alles auf 72 Zollpfd. — Auch von polnischem Hafer kamen 34 Lasten an den Markt, die zu 25 Sgr. verkauft wurden. Guter preußischer 75.78pfd. erlangte 28—30 Sgr., Alles auf 50 Zollpfd. — Erbsen wurden nach Beschaffenheit mit 50—55 Sgr. für 90 Zollpfd. bezahlt. Umsatz 50 Lasten. — Spiritus blieb ohne Zufuhr. Nominel sind 13 Thlr. pro 8000 anzunehmen. — Wir hatten sehr warme Tage von 17 bis 20° mit etwas Sprühregen. Selbst die Nächte sind ungewöhnlich warm. Da es meistens windstill bleibt, trocknet der Boden noch nicht auf gefahrdrohende Art aus, doch ist dies sehr nahe.

Eine Auflösung des Palindroms in Nro. 132 d. Bl. „Renner" ist nur eingegangen von H—g V—t.

Meteorologische Beobachtungen.

9	4	339,83	+16,2	NNO. flau, klar und heiter.
10	12	338,94	16,7	NNW. mäßig, bewölkt.
11	8	337,35	15,0	S. flau, bezogen u. Reg.
	12	336,66	17,2	SSO. do. do.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 11. Juni.

Weizen, 180 Last, 129—135.36pfd. fl. 470—535; 126.28pfd. fl. 440—480; 122.25pfd. fl. 340—410; 117pfd. fl. 315 pr. 85pfd.
Roggen, 120, 120.21pfd. fl. 260—270; 124pfd. fl. 287½ pr. 81⅚pfd.
Kleine Gerste, 91pfd. fl. 244½; 96.97pfd. fl. 246; 102pfd. fl. 249 pr. 72pfd.
Weiße Erbsen fl. 300—322½ pr. 90pfd.

Course zu Danzig am 11. Juni

	Brief	Geld	gem.
London 3 Mt.	6.18¼	—	18¼
Hamburg kurz	—	—	151½
do. 2 Mt.	—	—	149⅜
Amsterdam kurz	141⅞	—	141⅞
Westpr. Pf.-Br. 4%	73½	—	—
Danz. Privatbank	89	88	—

Englisches Haus:

Pr.-Lieut. Kasten a. Magdeburg. Consul Schmaltz a. Newcastle. Kaufmann Gabriel a. Elbing. Gräfin v. Zielinska a. Polen.

Hotel du Nord:

Capitain-Lieutenant Mac-Lean n. Gattin a. Kiel. Rittergutsbes. Achenbach a. Königsberg.

Hotel zum Kronprinzen:

Rittergutsbes. v. Tevenar n. Gattin a. Domachau. Landwirth Freudenfeld a. Conojad. Feldjäger-Lieut. Wunschmann a. Carthaus. Domainenpächter Roggenbau a. Smirdowo. Die Kaufl. van Loon a. Harlingen, Andersen a. Königsberg u. Seligsohn a. Marienwerder Apotheker Büttner a. Pelplin.

Walter's Hotel:

Rechtsanwalt Otto n. Gattin a. Neustadt. Sec.-Lieut. u. Baumeister Fritze a. Lauenburg. Gutsbesitzer Prohl a. Zugdam. Die Kaufl. Gukisch a. Thorn und Hirsch a. Berlin. Frau Samland u. Fräul. Volkmann a. Neustadt.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Oberst a. D. u. Rittergutsbes. v. Palubicki nebst Gattin a. Liebenhof. Gutsbes. Schuhr a. Carthaus. Mühlenbaumeister Hamann a. Berlin.

Hotel d'Oliva:

Gutsb. Salinger a. Hopfenbruch. Amtmann Schirrmacher a. Thierenberg. Die Partikuliers Riedel u. Kosminski a. Stettin. Die Kaufl. Borsdorff a. Mettmann, Weidenbach a. Cronenberg u. Habel a. Potsdam. Dr. med. Kiehnert a. Magdeburg. Volontair Sommerfeld aus Insterburg. Administrator Fritzen a. Brezechow.

Hotel de Thorn:

Die Rittergutsbes. Goldhagen a. Münsterberg und Weberling a. Bärwalde. Landwehr-Lieut. Dr. Bohnstedt a. Landsberg a. W. Die Unter-Lieuts. z. S. v. Levetzow u. Krokisius und Cadett z. S. v. Schönfeldt a. Kiel. Fleischermstr. Krüger a. Berlin. Die Kaufl. Berliner a. Lauenburg, Klappenbach a. Freistadt, Kirchner aus Sandau, Lüderitz a. Havelberg u. Meißner a. Landshut.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.